

Der Anfang von Etwas I

Alle neuen politischen Vereinigungen des Herbstes '89 entstanden aus dem oppositionellen Milieu der DDR der 80er Jahre. Die gemeinsame Gegnerschaft gegenüber dem bürokratischen System der DDR garantierte ebenso viele wie selbstverständliche Übereinstimmungen. In langen Debatten über die Lage des Landes und seine Perspektiven waren aber auch gründliche Unterschiede zu Tage getreten. Nicht nur Wege zu gemeinsamen Zielen, sondern die anzustrebenden Ziele selbst waren strittig. Als die Oppositionsgruppen im Sommer '89 angesichts der politischen Krise der DDR ihre Positionen für den lange erwarteten Schritt in die Öffentlichkeit formulierten, kamen recht verschiedene Programme heraus, obwohl die Unterschiede noch durch die unkritische Verwendung eingelebter Begriffe verschleiert wurden.

Die meisten der neuen Vereinigungen bekräftigten zunächst die „sozialistische Idee“ als Element ihrer Demokratisierungsvorstellungen. Lediglich für die *Initiative Frieden und Menschenrechte* (IFM) war die Frage des Sozialismus obsolet. Im „Aufbruch 89“ für ein *Neues Forum* vermieden die Autoren das Wort „Sozialismus“, da sie es für unklar und missverständlich hielten. Zugleich konnten sie damit die Breite der Offerte an alle Bürger dokumentieren. Konsequenterweise verzichteten sie auch auf eine deutliche Benennung der gesellschaftlichen Krisenursache als Folge spezifischer Unterdrückungsverhältnisse und umschrieben diese stattdessen vorsichtig als „Kommunikationsstörung“. Sie beschränkten sich auf einen Aufruf zur Eröffnung eines demokratischen Dialogs über die „Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur“.

In den ersten Texten von *Demokratie jetzt* und *Demokratischem Aufbruch* wird das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus geradezu herausgestellt. Die *Sozialdemokratische Partei* (SDP) verband die „grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits- und Machtanspruchs der herrschenden Partei“ mit dem Ziel einer „ökologisch orientierten sozialen Demokratie“. Als einzige Gruppe stellte sich die *Initiative für eine Vereinigte Linke* (VL) von Anfang an explizit nicht nur gegen die SED-Politbürokratie, sondern auch gegen eine „kapitalistische Lösung“ der DDR-Krise und blieb auch dabei. Mit dieser klaren Frontstellung verband die *Vereinigte Linke* eine besondere Vorsicht in der Wahl ihrer politischen Mittel. Während die anderen Programme und Aufrufe zur Gründung von Organisationen aufriefen und Kontaktadressen ihrer Initiatoren kursieren ließen, hielt sie anfangs an den bisherigen konspirativen Formen fest.

Ein Schritt in die Öffentlichkeit war in der geschlossenen Gesellschaft der DDR alles andere als eine einfache Sache. Es gab die Westmedien. Erklärungen dort konnten aber Diskussionen im Land höchstens befördern, nicht ersetzen. Auch die Korrespondenten der Westmedien waren schließlich auf Informationen angewiesen, die im Land kursierten. Hier aber befanden sich nicht nur alle Massenmedien in der Kontrolle der SED, auch einfache Vervielfältigungsinstrumente (Abziehapparate, Drucker aller Art, die ersten Kopierer) erfreuten sich des besonderen Interesses der Staatsmacht, die ihren Missbrauch zu unsozialistischen Zwecken verhindern wollte. Veranstaltungen waren genehmigungspflichtig. Aber im Herbst '89 traten neben die Räume und Vervielfältigungsmittel

der Kirchen immer mehr zweckentfremdete Gegenstände des sozialistischen Eigentums, die zur Verbreitung staatsfeindlicher Auffassungen verwendet wurden. So gab es zwar nicht eine gemeinsame Öffentlichkeit, aber viele Freiräume, in denen Interessierte Aufklärung über die neuen politischen Initiativen erlangen konnten. Für Informationen über aktuelle Ereignisse blieb die mündliche Überlieferung mit all ihren Zufälligkeiten, blieben das Gerücht und die Anekdote allerdings die beherrschende Kommunikationsform. Ebenso zufällig war anfangs oft der Ort des Engagements von Menschen in den entstehenden politischen Oppositionsgruppen, denn ein umfassendes Bild des politischen Spektrums ließ sich außerhalb des Kreises der Gründerväter und -mütter kaum gewinnen. Es galt aber, ihre Positionen in der Gesellschaft zu verbreiten und Anhänger zu gewinnen. Das *Neue Forum*, *Demokratie jetzt* und der *Demokratische Aufbruch* strebten ihre Legalisierung an. Die Parteigründungsinitiative SDP gab nach der erfolgten Gründung lediglich dem Innenministerium Bescheid. Die von ihr gewählte Form einer politischen Partei fand nur noch beim *Demokratischen Aufbruch* Interesse, der wie die Bürgerbewegung *Demokratie jetzt* die SED innerhalb des bestehenden Institutionengefüges „parlamentarisch“ herausfordern wollte. Beides war für das *Neue Forum* und die *Initiative Frieden und Menschenrechte* kein Thema, wobei die IFM wie auch die VL die „Legalisierungsfrage“ beiseite ließen. Die Autoren der Böhleener Plattform „Für eine Vereinigte Linke“ setzten auf die Zusammenarbeit der bestehenden Gruppen „mit sozialistischer Tendenz“, die gemeinsam eine Konferenz zur Klärung der politischen Gemeinsamkeiten vorbereiten sollten.



Vorstellung der neuen Parteien und Organisationen bei der Zukunftswerkstatt am 6. Oktober '89 in der Erlöserkirche